

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK

Bürgergesellschaftliche Beteiligung und lokale Entwicklung:

Aufbau kommunaler Strukturen in Jordanien

Veranstaltungsform: Internationaler Workshop
Datum/Ort: 26. Mai 2010, Yarmuk Universität - Irbid
Konzeption: Dr. Khaled Awamleh, Dr. Martin Beck
Organisation: KAS Amman, Visions Center For Strategic and
Development Studies

1. Programmübersicht

Mittwoch, 26. Mai, 2010

Eröffnung

Visions Center for Strategic
And Development Studies
Amman-Jordanien

Dr. Khaled Al Awamleh

Landesbeauftragter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Amman Jordanien

Dr. Martin Beck

Präsident der Yarmuk Universität
Irbid – Jordanien

Prof. Sultan Abu Oraby

Gouverneur, Vorsitzender der
Abteilung für lokale Entwicklung
Innenministerium

Dr. Raad Al Adwan

Gouverneur von Irbid
Jordanien

Khaled Abu Zeid

Erste Sitzung: Gemeinde-, Frauen- und Jugendbeteiligung und der Beitrag des privaten Sektors in kommunaler Entwicklung

Dezentralisierung und lokale öffentliche Verwaltung

Dr. Raad Al Adwan
Gouverneur, Vorsitzender der
Abteilung für lokale Entwicklung
Innenministerium

Aufbau von Gemeinden. Wie man eine gerechte Repräsentanz von Frauen und Männern in kommunaler Entwicklung fördern kann

Dr. Renate Reiter
Fernuniversität Hagen
Institut für Politikwissenschaft
Deutschland

Die Rolle des privaten Sektors in kommunaler Entwicklung

Dr. Khaled Al Wazzani
Vorsitzender des Darat Holding, Co.

Moderator

Dr. Izzat Hijab
Leiter der Fakultät für Journalismus
Yarmuk Universität Irbid

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK**Zweite Sitzung: Dezentralisierung und Förderung der Bevölkerung**

Überwachung der Zentralgewalt über die Gemeinderäte	Dr. Al-Shraideh Richter des Nord-Amman-Gerichts
Die Rolle der Bevölkerung in kommunaler Entwicklung	Dr. Khaled Al Shoqran ALRAI Institut Irbid
Moderator	Dr. Mohammad Shawqi Leiter der Fakultät für Politikwissenschaften Universität Cairo Ägypten

Schlussdiskussion

Moderator:	Dr. Raed Al Edwan
	Dr. Jihad Abu Assondos Khaled Abu Zeid Dr. Martin Beck Dr. Khaled Al Awamleh Dr. Renate Reiter Eng. Abd Arrazaq Attal Dr. Mohammad Shawqi

2. Zielsetzung

Mit den ersten kompetitiven Wahlen 1989 in Jordanien ebnete König Hussein den Weg für eine Verstärkung der politischen Partizipation, die auch in Jordanien einen - wenn auch beschränkten - Bestandteil des funktionsfähigen politischen Systems ausmacht. König Abdallah II unternahm erste Schritte, um die politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen zur Verbesserung der politischen Partizipation der jordanischen Bevölkerung im politischen Prozess zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wurde 2005 eine königliche Kommission zur Erstellung eines Plans zur Dezentralisierung des politischen Systems in Jordanien gegründet. Offizielles Ziel des Dezentralisierungsplans ist es dabei, die politische Beteiligung der jordanischen Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf kommunaler Ebene zu fördern, ein offenes und bürgergerechtes politisches System zu schaffen und eine Delegation der Macht von der stark zentralisierten Regierungsbürokratie auf die Gouvernements und Gemeinden voranzutreiben.

Während des am 26. Mai 2010 von dem Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman in Zusammenarbeit mit dem Visions Center for Strategic and Development Studies an der Yarmuk Universität in Irbid organisierten, in zwei Sitzungen unterteilten Workshops standen verschiedene Aspekte der kommunalen Entwicklung im Mittelpunkt. Diskutiert wurden Themen wie die gerechte Repräsentanz zwischen Männern und Frauen auf kommunaler Ebene, die Rolle des privaten Sektors und der Bevölkerung in der kommunalen Entwicklung, das Dezentralisierungsvorhaben der Regierung und die Rolle der Zentralgewalt im Dezentralisierungsprozess.

3. Ablauf

Dr. Khaled Awamleh, Leiter des Visions Centers, eröffnete den ersten Workshop. In seiner Begrüßungsrede sprach er über die Schlüsselrolle der Universität im Bereich regionaler und lokaler Entwicklung. Aufgabe der Universität sei es nicht nur, neues Wissen zu schaffen, es zu vermitteln, zu verbreiten und für seine Anwendung zu sorgen, sondern insbesondere die Humankapi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK

talbildung als Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung zu fördern. Die Ausbildung von Fach- und Führungskräften für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sei einer der wichtigsten Pfeiler nachhaltiger nationaler und regionaler Entwicklung.

Dr. Martin Beck, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman, hob die Initiative König Abdallahs II zur Dezentralisierung des Entscheidungsfindungsprozess als Fortschritt hervor. Die Handlungs- und Investitionsfähigkeiten der Gouvernements und Gemeinden müssten jedoch erheblich verbessert und die Partizipation auf lokaler Ebene gefördert werden. Wichtig sei, dass sich die Regierung dafür einsetze, dass die jordanischen Bürgerinnen und Bürger eine wirkliche Chance bekämen, ihre politischen Ziele auch auf lokaler Ebene durchzusetzen.

Sowohl **Dr. Awamleh**, als auch **Dr. Beck** unterstrichen, dass es sich bei diesem Workshop um die erste gemeinsame Bemühung zwischen der Regierung, den Lokalmedien, den Fachhochschulen und verschiedenen Lobbygruppen, handele, eine Veranstaltung zum Thema lokale Entwicklung und politische und zivile Partizipation in Gouvernements und Gemeinden in Jordanien auszurichten.

Dr. Al Adwan stellte in seiner einleitenden Begrüßungsrede die essentielle Rolle der Dezentralisierung als wichtigste Komponente in kommunaler Entwicklung heraus. Die Zusammenarbeit zwischen privatem und staatlichem Sektor sei eine wichtige Voraussetzung für die Implementierung der Dezentralisierungsagenda der Regierung. Damit Jordanien zum Vorbild effizienter nachhaltiger kommunaler Entwicklung heranwachsen könne, müsse die Verwaltung eine politische und soziale Umstrukturierung erfahren, um eine demokratische Regierungs- und Verwaltungsarbeit und eine moderne Infrastruktur zu schaffen. **Prof. Abu Oraby**, Präsident der Yarmuk Universität, sprach über verschiedene Aspekte des Konzepts der kommunalen Entwicklung. Wäh-

rend zu Beginn Entwicklung allein als wirtschaftliche Entwicklung verstanden worden sei, würde der Begriff heute die politische, soziale, kulturelle und menschliche Entwicklung zusammenfassen. Ein partizipatorischer Ansatz sei angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und der im Rahmen der Globalisierung stattfindenden technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beschleunigungsprozesse besonders wichtig, um den Aufbau institutioneller Kapazitäten und die kommunale Entwicklung zu fördern. Er unterstrich zuletzt die steigende Bedeutung der Universalität in der Kooperation zwischen der Regierung, dem privaten Sektor und dem lokalen Gemeinwesen.

Herr **Khaled Abu Zeid**, Gouverneur des Gouvernement Irbid, machte auf die soziale und ökonomische Kluft zwischen den zwölf Gouvernements in Jordanien aufmerksam. Der Dezentralisierungsplan der Regierung sei jedoch ein erster wichtiger Schritt, um eine kulturelle, ökonomische und soziale Basis für effektive demokratische Regierungsarbeit zu schaffen, die sozioökonomische Kluft zu überbrücken und konstruktive Beziehungen zwischen den politischen Institutionen und einer engagierten und organisierten Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Im Anschluss an die einleitenden Reden stellte **Dr. Al Adwan** in seinem Vortrag über „Dezentralisierung und lokale öffentliche Verwaltung“ das Dezentralisierungsvorhaben der jordanischen Regierung vor. Seit 2009 beschäftige sich ein neugegründetes Komitee mit der Erarbeitung des finanziellen, rechtlichen, organisatorischen und politischen Rahmens zur Implementierung des Dezentralisierungsplans. Die Dezentralisierungsinitiative sehe eine Verlagerung von Macht, Kompetenzen und Ressourcen von der Zentralregierung zu den Gouvernements und Gemeinden vor.

Damit die Zivilgesellschaft im politischen Leben auf allen Ebenen des Staates repräsentiert sei, müssten die Kapazitäten der zwölf Gouvernements ausgebaut werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK

Die große sozioökonomische Kluft zwischen der Stadt- und Landbevölkerung zeige, dass die Entscheidungen der Regierung den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht werden.

Dr. Renate Reiter warf in ihrem Vortrag einen Blick auf die verschiedenen Möglichkeiten, Partizipation in Gemeinden zu gestalten. Zu unterscheiden sei zwischen traditionellen Formen der politischen Repräsentanz wie in präsidentiellen und parlamentarischen Regierungssystemen und neuen Partizipationsformen der direkten Demokratie. Sie ging dann auf die Partizipation von Männern und Frauen in Gemeindewahlen und deren Repräsentanz in Gemeindeinstitutionen ein.

Im passiven Wahlrecht bestünde kaum ein Unterschied in der Beteiligung zwischen Männern und Frauen; beide Geschlechter seien zurzeit in Deutschland vom deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung und des politischen Interesses betroffen. Festzuhalten sei, dass im Gegensatz zu Frankreich, wo eine gleichberechtigte Repräsentanz in Gemeinderäten vorherrsche, in Deutschland Frauen in Gemeinderäten und hohen Führungspositionen unterrepräsentiert seien. Im Folgenden erörterte **Dr. Reiter** Gründe für die ungleiche Repräsentanz in Gemeinderäten: meist sei die Repräsentanz von der Art des Wahlrechts abhängig. Im Gegensatz zum Mehrheitswahlrecht begünstige beispielsweise das Verhältniswahlrecht gerechtere Partizipationschancen. Außerdem müssten in Parteien Quoten die Karrierechancen von Frauen sichern.

Des Weiteren herrsche eine ungleiche Vertretung von Männern und Frauen in lokalen sozialen und politischen Netzwerken vor. Die ungleichen zeitlichen Ressourcen und die spezifisch geschlechtsbedingten Aufgaben würden eine Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erschweren. Quoten, Parteienwettbewerb, Strategien der Parteien und soziale Netzwerke, die Karrierechancen von Frauen fördern und neue Formen von Basisdemo-

kratie könnten hingegen für eine geschlechtergerechtere Repräsentanz auf lokaler und nationaler Ebene sorgen.

Dr. Al Wazzani ging in seinem Vortrag auf das Konzept der Unternehmenssozialverantwortung ein. Das Konzept gehe davon aus, dass die Leistungsfähigkeit und die Gesamtleistung des Unternehmens durch Übernahme sozialer Verantwortung gesteigert werden könnten.

Mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Beiträgen, die über die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen hinausgingen, würden Unternehmen den wirtschaftlichen Wohlstand, die Umweltqualität und das Sozialkapital fördern können. Der private Sektor spiele daher eine wichtige Rolle in lokaler Entwicklung, da Unternehmen Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, die Infrastruktur verbessern, einen Teil des Haushaltes für Entwicklungsprojekte bereitstellen, durch Kooperation mit dem staatlichen Sektor auch staatliche Leistungen verbessern, zur Forschung beitragen und die Beteiligung der Bevölkerung an gemeinschaftlicher Planung unterstützen würden. Kommunale Entwicklung sei daher nicht nur eine zentrale Aufgabe der Regierung, sondern müsse auch eine vorrangige Aufgabe des privaten Sektors werden.

In der anschließenden Fragerunde wurde die Frage aufgeworfen, ob die sozialen Ausgaben von Unternehmen in einen staatlichen Fonds eingezahlt werden sollten, um deren Verwendung besser kontrollieren zu können.

Dr. Al Wazzani hob in diesem Zusammenhang hervor, dass Gesetze zur richtigen Allokation der sozialen Ausgaben von Unternehmen ein gutes Steuerungsinstrument sein könnten und dass die Gouvernements die Allokation dirigieren und beaufsichtigen müssten.

Dr. Al-Shraideh leitete die zweite Sitzung des Workshops mit einer Gegenüberstellung zwischen Zentralismus und Dezentralisierung ein. Während im Zentralismus alle Kompetenzen im Staat bei einer zentralen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK

obersten Instanz konzentriert seien, handle es sich bei der Dezentralisierung um politische Reformmaßnahmen, die die Verlagerung von administrativen, politischen und fiskalischen Funktionen auf regionale und lokale Ebene der Verwaltung vorsähen. Auf diese Weise würde in einem dezentralen politischen System die Beteiligung der Bevölkerung an allen sie betreffenden Angelegenheiten gefördert werden.

Bei der administrativen Dezentralisierung würden Verwaltungsaufgaben an die regionale Ebene, d.h. an die ausführenden Organe, abgegeben werden, während die Entscheidungsbefugnisse auf nationaler Ebene bei den Ministerien verblieben.

Dr. Al-Shraideh diskutierte anschließend die Rolle der Gemeinderäte und ihre Machtbefugnisse. Wichtig sei, dass im Rahmen der Dezentralisierungsmaßnahmen transparente Konkurrenzmechanismen (Checks and Balances) zwischen den verschiedenen Ebenen die Rechenschaftspflicht und ein partizipatives Monitoring ermöglichen.

Dr. Al Shoqran sprach über die Rolle der Bevölkerung in kommunaler Entwicklung und über die Hindernisse, die eine aktive Partizipation am politischen Entscheidungsfindungsprozess auf lokaler und nationaler Ebene erschweren. Er benannte eine Reihe von Kriterien, wie demokratische Regierungsstrukturen, die von Seiten der Regierung erfüllt werden müssten, um Mechanismen der Bürgerbeteiligung zu schaffen und kommunale Entwicklung zu fördern. Problematisch sei in Ländern wie Jordanien, dass zivilgesellschaftliche Organisationen oft als Gefahr für das politische System und die gesellschaftliche Stabilität betrachtet würden. Dennoch spielten diese Organisationen eine besonders wichtige Rolle in der kommunalen Entwicklung, da sie für die Rechte der Bevölkerung eintreten und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bündeln und artikulieren würden. Die allgemeine Performanz der zivilgesellschaftlichen Organisationen sei im Nahen Osten jedoch noch nicht ausreichend, um effektiv mit der Re-

gierung und den Bürgern zusammenzuarbeiten.

Dr. Beck stellte am Ende des ersten Workshoptages heraus, dass sich die jordanischen Gouvernements und Gemeinden für eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die Regierung einsetzen müssten, um ihre Handlungsfähigkeiten ausbauen zu können.

Dr. Al Adwan erklärte, dass die Ergebnisse des Workshops an das Innenministerium als wichtiges Feedback zur Dezentralisierungsagenda weitergeleitet würden. **Dr. Al Wazani** stellte abschließend fest, dass der private Sektor zukünftig eine noch wichtigere Rolle in kommunaler Entwicklung spielen müsse und dass die Allokation der sozialen Ausgaben der Unternehmen von staatlicher Seite beaufsichtigt werden müssten.

4. Fazit

Als erste gemeinsame Veranstaltung zwischen der Regierung, den Lokalmedien, den Fachhochschulen und verschiedenen Lobbygruppen hat der Workshop der KAS und des Visions Centers eine Debatte darüber angestoßen, wie bürgergesellschaftliche Beteiligung und kommunale Entwicklung in Jordanien gefördert werden könnten. Die Teilnahme des Gouverneurs von Irbid, Herrn **Khaled Abu Zeid**, sowie vieler anderer hochrangiger Experten, verdeutlichte, wie wichtig den politischen Entscheidungsträgern und Experten der Austausch über Konzepte der lokalen Entwicklung, bürgergesellschaftlichen Partizipation und Dezentralisierung des politischen Systems ist. Der Workshop erfüllte die Funktion, Experten aus unterschiedlichen Bereichen zusammenzuführen und brisante Themen wie die Dezentralisierung von Macht und finanziellen Ressourcen zu diskutieren. Besonders der Beitrag von **Dr. Reiter** zu geschlechtergerechten Repräsentanz im politischen System eröffnete vielen Teilnehmern eine neue Perspektive im Hinblick auf Geschlechtersegre-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

26. Mai 2010

LEA COLLET
DR. MARTIN BECK

gation und Genderequality in der politischen Partizipation.

Das Feedback auf den Workshop war sehr positiv. Viele Teilnehmer wussten die Möglichkeit eines freien Meinungs austausches zu bisher selten debattierten Problematiken zu schätzen. Es ging ein deutliches Interesse an einer Folgeveranstaltung und Intensivierung der Dezentralisierungsgespräche aus der aktiven und angeregten Teilnahme der Experten und Gäste hervor.